

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 26 (2006)
Heft: 50

Artikel: Strategien progressiver Kräfte in Europa : rebellische Subjektivität und radikale Forderungen : Thesen
Autor: Brand, Ulrich
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-652075>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 26.12.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Strategien progressiver Kräfte in Europa

Rebellische Subjektivität und radikale Forderungen. Thesen*

Zwischen den emanzipativen Kräften hat sich in den letzten Jahren ein gewisser Konsens hinsichtlich der bestehenden und zu verändernden Verhältnisse herausgebildet. Die Transformation gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse, der Produktion und des Staates, der Subjektivitäten und von Alltagsverhältnissen, der Rolle sich internationalisierender politisch-ökonomischer, kultureller und militärischer Verhältnisse und vieles mehr ist analysiert worden. Es gibt keine „gemeinsame“ Position, aber ein geteiltes Wissen über den neoliberal-imperialen Kapitalismus mit seinen vielfältigen herrschaftlichen, repressiven wie auch produktiv-hegemonialen Implikationen. Im Gegensatz zu dieser analytisch-zeitdiagnostischen Dimension dominieren hinsichtlich emanzipativer Strategien eher Unklarheit, Unsicherheit, ja vielfach werden solche jenseits von Allgemeinheiten gar nicht explizit und intensiv diskutiert.

Die Diskussion über Strategien ist wichtig und schwierig zugleich. Schwierig ist sie unter anderem deswegen, weil wir uns zwar über allgemeine Orientierungen verständigen können, aber in den einzelnen Feldern der Auseinandersetzung wie etwa Arbeitsmarkt-, Umwelt- oder feministischer Politik von Akteuren und Bündnissen dann sehr unterschiedliche Strategien formuliert werden müssen. Strategien dürfen auch nicht zu starr sein, denn es agieren ja nicht nur die anderen, die etwas verteidigen oder unterschiedliche gesellschaftliche Vorstellungen haben, sondern es kommt immer wieder zu unvorhergesehenen gesellschaftlichen Brüchen, auf die reagiert werden muss.

Dennoch ist die Diskussion um Strategien aus mindestens zwei Gründen wichtig. Zum einen kann eine Verständigung über Gemeinsamkeiten und Differenzen zwischen unterschiedlichen Spektren und Akteuren erfolgen. Denn sonst droht ein unproduktiver Pluralismus, der weitgehend ignoriert, was andere vorschlagen. Bei der Entwicklung von Strategien stärker noch als etwa bei der Analyse der jeweils aktuellen Verhältnisse „geht es um etwas“, daher ist es wichtig, sich aufeinander zu beziehen. Zum anderen gibt es keinen „Fahrplan“ emanzipativer Veränderungen und entsprechender progressiver Politik. Konfliktlinien sind vielfältig, die Vorstellungen gesellschaftlicher Interventionsfelder und Transformation ebenfalls. Wenn aber die verschiedenen, sich in Konflikten konstituierenden Kräfte nicht nur ihre partikularen Anliegen verfolgen, sondern über gemeinsame Lernprozesse die gesellschaftliche Gesamtkonstellation verändern wollen – die sich natürlich aus den einzelnen Bereichen bildet –, dann ist die Diskussion um Strategien notwendig. Alternativen entstehen im komplexen

und vielfach ungeplantem Zusammenspiel politischer, ökonomischer und ideologischer Kämpfe gegen Dominanz und Hegemonie, durch die Veränderung scheinbar unangreifbarer politisch-ökonomischer Strukturen und der Mikrophysik der Macht, d.h. grundlegend anderer Formen und Inhalte sozialen und politischen Handelns.

Zentral für gesellschaftliche Veränderungen sind breite soziale Bewegungen, mit vielen Menschen, die sich dafür engagieren und mit dem Bestehenden ein Stück weit brechen wollen und es praktisch versuchen. Ob und wie das geschieht, hängt von vielen Bedingungen ab: Sind die herrschenden Entwicklungen in einer Krise bzw. gelingt es, sie zu delegitimieren? Formulieren alternative ExpertInnen und Intellektuelle überzeugend Kritik? Gibt es Foren wie dieses, um sich zu verständigen und in einer breiteren Öffentlichkeit die Anliegen vorzutragen? Vor diesem Hintergrund werden einige Thesen diskutiert.

I. Die „Idee Europa“ ist bislang nicht von den fortschrittlichen Kräften besetzt, sondern zum einen von den neoliberalen mit ihren Vorstellungen eines zuvorderst wirtschaftlichen Europa, in dem politisch weitgehend agiert wird, um die dominanten kapitalistisch-neoliberalen Kräfte zu stärken. Das wird immer deutlicher und ist Gegenstand von wachsender Kritik. Es gibt aber auch Vorstellungen eines „sozialen Europa“, das der damalige EU-Kommissionspräsident Jacques Delors formulierte, um insbesondere die Gewerkschaften ins europäische Boot zu holen. Das ist auch durchaus gelungen, denn es ist eine Art schwacher Euro-Korporatismus entstanden. Gewerkschaftliche Vertreter sind in Brüssel verschiedentlich präsent, es gibt ein gewerkschaftliches Bildungs- und Forschungsinstitut auf europäischer Ebene und gewerkschaftliche Beteiligung in einigen Bereichen. Thorsten Schulten spricht dennoch von einem „symbolischen Euro-Korporatismus“, denn von den Kernfeldern des Integrationsprozesses sind die Gewerkschaften ausgeschlossen bzw. akzeptieren die dominanten Projekte wie auch die Lissabon-Strategie, der zufolge EU-Europa bis 2010 der weltweit wettbewerbsfähigste Raum sein soll. Sie sind also zuvorderst symbolisch integriert.

De facto sind die meisten Gewerkschaften jedoch weiterhin Teil nationaler Modernisierungsallianzen und Teil der internationalen Standortkonkurrenz, was sich gegen die Idee eines „sozialen Europa“ jenseits des symbolischen Korporatismus sperrt. Zudem werden in der korporatistischen Konstellation andere Interessen und Konfliktlinien wie sozial-ökologische, internationalistische oder feministische nicht unbedingt berücksichtigt. Die Gewerkschaften sind in dem immer bestehenden Spannungsfeld zwischen „Mitmachen, Gestalten, partikulare Interessen vertreten“ und „Dagegenhalten, Autonomie stärken und allgemeine Interessen vertreten“ bislang überwiegend an ersterem ausgerichtet. Und können dabei, wie gesagt, auf EU-Ebene noch nicht einmal richtig mitgestalten (Dräger 2005).

Die Chancen auf ein anderes Europa sind dennoch nicht schlecht. Der Unmut gegen das Europa der Eliten wächst und äußert sich durchaus politisch, was an der Ablehnung der EU-Verfassung deutlich wurde. Umfragen zeigen, dass es zwar eine starke Europa-Skepsis gibt, gleichzeitig aber den Wunsch nach einem „sorgenden Europa“, was das Bedürfnis nach Sozialstaatlichkeit auch in diesem Rahmen ausdrückt. Das ist ein wichtiger Einsatzpunkt. Allerdings sollten wir eine Sichtweise stärken, derzufolge „Europa“ nicht als harmonisches Projekt entsteht. Europa wird – und zwar über die EU hinaus – nur über vielfältige und handfeste Konflikte entstehen, durch die hindurch emanzipative Kräfte die Agenda mitbestimmen und die aktuell dominierenden Projekte zurückgewiesen werden. Dafür müssen wir sorgfältig und für viele unterschiedliche Bereiche die Vorstellung eines attraktiven Europa entwickeln, das gute Lebensbedingungen, demokratische Prozesse, nachhaltige Verhältnisse nach und nach zu realisieren in der Lage ist – und dies nicht auf dem Rücken einer ausgegrenzten Minderheit oder anderen Teilen der Welt.

II. Wir erleben derzeit Auseinandersetzungen um eine „post-neoliberale Agenda“, die sehr verschieden gefüllt wird. Denn sehr unterschiedliche Kräfte arbeiten an Strategien: Die „post-neoliberalen“ dominanten Kräfte – prominent etwa die Weltbank – sehen, dass es doch eines effektiven Staates bedarf und nicht alles den Marktkräften überlassen werden kann. Allerdings geht es dabei eher um eine Stärkung des neoliberalen Kernprojektes. Eine zweite Variante der „post-neoliberalen Agenda“ vertreten insbesondere die US-amerikanischen Neo-Konservativen, die mit zunehmender Kontrolle, Repression und militärischer Gewalt das neoliberale Projekt abzusichern versuchen. Und drittens gibt es jenseits dessen eine Vielzahl alternativer Ansätze, etwa euro- oder global-keynesianische, autonome und radikal staatskritische, die Variante der De-Globalisierung (Brand 2005).

Dabei scheint mir ein Sachverhalt wichtig: Wenn wir über eigene und damit progressive Strategien nachdenken, diskutieren, sie konkretisieren und angehen, dann stellen wir fest: Es gibt nicht die eine oder die wenigen großen Strategien. Die Strategien alternativer Kräfte lassen sich nicht auf einen zentralen Ansatzpunkt (etwa bessere Umverteilung) oder gesellschaftspolitischen „Ort“ (etwa den Staat) reduzieren. Menschen, die in Betrieben arbeiten und gewerkschaftlich tätig werden, entwickeln notwendigerweise andere Strategien als progressive JournalistInnen oder Aktive mit feministischen Orientierungen, solche, die in alternativen Ökonomien tätig sind oder wieder andere, die sich im Bereich globale Gerechtigkeit engagieren. Und es gibt dabei natürlich unterschiedliche Verständnisse dessen, was „progressiv“ bedeutet.

III. Auch auf der wirtschaftspolitischen Ebene geht es in Europa darum, Denk- und Handlungsspielräume jenseits des „Möglichen, Vernünftigen und Denkbaren“ zu öffnen. Das soll an einigen Themen ausgeführt werden.

a) Es ist schon einiges geleistet worden, um die herrschende Wirtschaftspolitik auf nationaler und europäischer Ebene zu kritisieren und ihre Mythen als solche aufzudecken. Auch auf diesem Kongress findet dies statt und die Kritik muss in eine breitere Öffentlichkeit getragen werden. Allerdings scheint m.E. teilweise unterschätzt zu werden, dass es die herrschende Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik nicht nur eine kleine Gruppe von Menschen immer reicher und den großen Rest immer ärmer macht. Das neoliberal-neoimperiale Modell wird nicht nur von so vielen Menschen akzeptiert, weil es sich als alternativlos darstellt, sondern weil es für einen nicht unerheblichen Teil in unseren Gesellschaften wirklich oder scheinbar materielle und andere Vorteile bringt.

b) Strategien für ein anderes Europa müssen gleichzeitig berücksichtigen, dass das bestehende Modell und seine Akzeptanz auf dem Rücken vieler Menschen *in* und vor allem *außerhalb* von Europa hergestellt wird. Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit sind komplexe soziale Verhältnisse, die etwa auf billigen importierten Rohstoffen oder Konsumgütern basieren, die außerhalb von Europa produziert werden.

c) Wir sollten bei der Diskussion um Strategien für ein anderes Europa nicht nur die europäische wirtschaftspolitische Ebene im Blick haben. Natürlich sind alternative Ansätze hier sehr wichtig und es ist äußerst dringend, die herrschende Politik in vielen Bereichen zu stoppen. Es dominiert jedoch schnell die Orientierung an einer besseren Regulierung oder einer Art progressiver Europäischer Governance, die den Staat ins Zentrum stellt und die tiefere gesellschaftliche Verankerung des neoliberal-imperialen Projekts unterschätzt.

d) Innerhalb der globalisierungskritischen Bewegungen müsste m.E. verstärkt eine wachstumskritische Diskussion geführt werden. Diese sollte nicht abstrakt geschehen („Weniger Wachstum ist besser“), sondern es sollten darüber die tiefverankerten gesellschaftlichen Sinnzusammenhänge (etwa an Auto-Mobilität) und Interessenlagen (nicht nur der Kapitalbesitzer, sondern auch eines Großteils der Gewerkschaften und Lohnabhängigen) thematisiert werden. Dies gilt auch für die Orientierung an der Lohnarbeit und Vollbeschäftigung („Arbeit, Arbeit, Arbeit“ und die repressive Einschließung der „Ausgeschlossenen“ als Bittsteller und Überflüssige) als offenbar einzig glücklichmachender und ein auskömmliches Leben sichernder Tatbestand. In einer breiter werdenden Diskussion könnte zudem aufgezeigt werden, wie unproduktiv das bestehende Wirtschaftssystem ist – allem Effizienz- und Leistungsdenken zum Trotz –, wenn man als Kriterium nicht die Verwertung von Kapital und die Bereitstellung von Gütern und Dienstleistungen für einen kleinen Teil der Menschheit nimmt.

Notwendig wird es sein, aus einer Wachstumskritik heraus alternative Orientierungen und Praktiken zu gewinnen. Hier ist in der sozial-ökologischen Diskussion unter dem Begriff der „neuen Wohlstandsmodelle“ schon einige Arbeit geleistet worden. Allerdings bleibt diese Diskussion oftmals getrennt von den aktuellen Entwicklungen sowie Macht- und Kräfteverhältnissen. Die Diskussion steht m.E. noch am Anfang. Unklar ist bislang die Dimension, wie sozio-ökonomische Produktivität und Innovationsfähigkeit organisiert werden jenseits privatkapitalistischer Konkurrenz und zentralstaatlicher Planung.

Es geht auch darum, den „stummen Zwang der Verhältnisse“ bzw. den „Sachzwang Weltmarkt“ in einen Prozess stärkerer Kooperation und Planung zu überführen, in der unterschiedliche Eigentumsformen zugelassen sind. Wie das konkret aussehen soll, das muss sich in den kommenden Jahren zeigen. Man darf es sich hierzulande jedoch nicht zu einfach machen und bei der Suche nach Alternativen die produktive Einbindung dieser Gesellschaft in den Weltmarkt außen vor lassen. Wie gesagt, Produktivität hierzulande beruht über den Weltmarkt und die Weltpolitik nicht zuletzt auf desaströsen und permanent krisenhaften Lebensbedingungen in anderen Teilen der Welt.

IV. Ich möchte einen Begriff in die Diskussion werfen, der bei der Entwicklung alternativer Strategien sinnvoll sein könnte. Den der „*radikalen Forderungen*“. Dieses sind nicht als „Königsweg“ gedacht, sondern als Teil eines umfassenderen Set an Strategien. Radikale Forderungen setzen an konkreten Problemen an und versuchen mit diesen nicht technisch umzugehen, sondern einen Prozess zu starten, in dem über die tieferliegenden Ursachen diskutiert und deren Beseitigung in den Blick genommen wird. In Forderungen verdichten sich Analysen, Weltansichten, konkrete Probleme, politische Positionierungen. Sie können politisierend wirken, indem sie Horizonte öffnen und dennoch sich auf die aktuell drängenden Probleme einlassen. Mit radikalen Forderungen kann über die – notwendigen und legitimen – defensiven Kämpfe und die Stimmung eines „Schlimmeres muss verhindert werden“ hinausgegangen werden.

Die emanzipativen Kräfte müssen *Einsatzpunkte* finden, in denen sie die gesellschaftlichen Zentralkonflikte bestimmen, anhand derer um die Entwicklungsrichtung der Gesellschaft gerungen wird. Dafür sind etwa der Kampf um den 10-Stunden-Tag Mitte des 19. Jahrhunderts oder um die 35-Stunden-Woche in Westdeutschland in den 1980er Jahren ein gutes Beispiel. Denn darüber werden, über die konkrete Forderung hinaus, unterschiedliche Vorstellungen verschiedener Kräfte von gesellschaftlicher Entwicklung deutlich. Damit kann auch eine Dimension der bürgerlich-neoliberalen Hegemonie infrage gestellt werden: Dass nämlich zuvorderst die herrschenden Kräfte bestimmen, was die drängenden Probleme sind und wie mit ihnen umgegangen werden kann. Und damit kann hinterfragt

werden, auf welchen institutionellen Terrains Konflikte ausgetragen werden. Diese Terrains wie etwa der Staat sind hochgradig herrschaftsförmig strukturiert und müssen selbst verändert werden – nicht nur die Inhalte von Politik.

Ein radikale Forderung könnte heute jene nach „globalen sozialen Rechten“ sein. Globale soziale Rechte sind zunächst ein normativer Anspruch, nämlich allen Menschen zu ermöglichen, dass sie satt werden und wohnen, gesund und mobil sind, Zugang zu Bildung und anderen Bereichen haben, um ihre lebensnotwendigen Bedürfnisse zu befriedigen. Das „Recht auf Rechte“ nimmt zudem in den Blick, dass es immer auch um die institutionalisierte Absicherung emanzipativer Ansprüche und Entwicklungen geht. Wer aber von Rechten spricht, muss auch die Rolle des Staates thematisieren, der ja nach modernen Rechtsvorstellungen in komplexen Gesellschaften Rechte zuvorderst sichert. In welchem Verhältnis stehen etwa relativ autonom entwickelte Lebensverhältnisse (z.B. in einem anderen Land leben zu wollen oder zu müssen und dort auch de facto hinzugelangen oder Land gegen bestehendes Recht zu besetzen, um leben zu können) zur nachträglichen rechtlichen Absicherung? Was für einen Stellenwert haben Forderungen an den Staat? Hier stehen in den globalen sozialen Bewegungen noch wichtige theoretische und politische Debatten sowie die Verarbeitung von praktischen Erfahrungen an.

V. Zum Abschluss geht es um eine Dimension, die in vielen Strategiediskussionen ausgeblendet oder am Rand bleibt: die notwendige Entstehung *rebellischer Subjektivität*, d.h. des Wunsches von immer mehr Menschen, die aktuellen Verhältnisse nicht zu akzeptieren und verändern zu wollen. Notwendig ist daher auch etwas, was ich vorläufig und sicherlich ungenau als „rebellisch-globalisierungskritische Orientierungen“ bezeichnen würde. Das subversive Element in den Bewegungen und die vielen lokalen Praktiken müssen stärker beachtet werden. Denn politische Resignation und vermeintliche Alternativlosigkeit zeichnen die neoliberale Hegemonie aus, die sich bei vielen als Ignoranz und Gleichgültigkeit, Selbstgefälligkeit oder gar Zynismus äußert. Gerade in kulturell konservativ und autoritär geprägten Ländern wie der Österreich, der Schweiz oder Deutschland scheint mir eine Voraussetzung dafür zu sein, dass in vielen gesellschaftlichen Bereichen wieder attraktiv wird, gegen die herrschenden Verhältnisse anzudenken und aufzustehen. Die gegenwärtigen Veränderungen erzeugen Unsicherheit und Angst, nehmen vielen Menschen ihre Selbstachtung und bestätigen damit die autoritären Orientierungen in einem großen Teil der Bevölkerung. Das äußert sich als Fremdenfeindlichkeit bis hin zu Pogromen, als Ellbogenmentalität, als „Rette sich wer kann“-Einstellung und als permanente Kosten und Nutzen abwägende Alltagshaltung.

Wie wird dieses Mitmachen, das ja unter realen Zwängen stattfindet, aber eben auch Spielraum lässt, moralisch und handelnd aufgebrochen? „Es reicht!“ ist in vielen Fällen ein Punkt, an dem Menschen anfangen, in ihren Institutionen und Alltagspraxen nachzudenken und anders zu handeln oder sich neue Zusammenhänge schaffen. Bei diesen Fragen können am wenigsten klare Strategien erarbeitet werden. Gleichwohl ist es wichtig, diesen Aspekt zu vertiefen und das Feld des Kulturellen und des Alltags stärker zu bearbeiten. Das macht eine Analyse und Veränderung großer Politik nicht unwichtig, ist aber m.E. eine entscheidende Erweiterung. Eine bescheidene Konsequenz wäre, sich in den eigenen politisch-sozialen Praxen dieser kulturellen Dimensionen bewusst zu werden, sich daher nicht immer auf die bestehenden Regeln einzulassen. Darüber hinaus ist es wichtig, ein *historisches Bewusstsein* von emanzipativen Kämpfen, ihrer Verläufe und Innovationen, Denk- und Aktionsformen, Grenzen und Fehler zu gewinnen.

Mit solch einer Perspektive können nicht nur die konkreten Bewegungen organisatorisch und inhaltlich verstetigt und verbreitert werden. Darüber können sich Verbindlichkeit, Lernprozesse und kollektive Identitäten ausbilden, die nicht zu Gruppenzwang und politischem Soldatentum werden. Mit der Betonung rebellischer Komponenten können auch die immer wieder auftauchenden Tendenzen eines links-technokratischen Politikverständnisses innerhalb der Bewegungen hinterfragt werden. Denn das derzeit wahrgenommene Strategie- und Motivationstief in einigen Teilen der Bewegungen hängt auch damit zusammen, dass derzeit Expertise und politische Ausgefuchtheit, so wichtig sie sind, gegenüber dem Ausprobieren, der Emphase und dem Erfahrungswissen dominieren. Rebellische Subjektivität – das Nicht-mehr-Mitmachen, die Suche nach Neuem, der Wunsch, selbstbestimmt zu leben -, ist eben nicht planbar, sondern Teil umfassender und durchaus suchender Prozesse, die gegebenenfalls größere gesellschaftliche Veränderungen ermöglichen.

Radikale gesellschaftliche Veränderung bedeutet weiterhin die auf Befreiung und gerechte Verhältnisse abzielende Infragestellung grundlegender Strukturmerkmale bürgerlich-kapitalistischer Vergesellschaftung. Letztere umfassen die mit gesellschaftlicher Arbeitsteilung einhergehende soziale Herrschaft, privatkapitalistisches Eigentum und sich historisch verändernden Akkumulationsimperative, vielfältige Spaltungen und Konkurrenzen, patriarchale Geschlechterverhältnisse, der bürgerlich-kapitalistische Staat und die Rechtsverhältnisse, macht- und interessenförmig strukturierte Öffentlichkeiten, die ethnische Sortierung von Menschen, eine auf Herrschaft beruhende Naturaneignung u.a. Sie bedeutet auch Lern- und Erfahrungsprozesse, im Ergebnis grundsätzlich offene Auseinandersetzungen, die Anerkennung von Ambivalenzen und immer in konkreten Auseinandersetzungen zu überwindende Spaltungen sowie Selbstkritik. Aber die

konkreten Formen dieser Veränderung, das heisst das vielfältige Sich-Widersetzen, strategisches Handeln, Organisierung als Bewegungen, geschicktes Ausnützen von plötzlichen Brüchen im Herrschaftsgefüge, kritische institutionelle Praxen u.a., das bleibt ein komplexer Prozess, der und politischer Reflexion bedarf.

* Überarbeitete Thesen, die ich am 5. April 2006 in Wien beim Alternativ-Kongress vorge-tragen habe.

Literatur

- Bensaïd, Daniel, 2006: Eine Welt zu verändern. Bewegungen und Strategien. Münster
Brand, Ulrich, 2005: Gegen-Hegemonie-Perspektiven globalisierungskritischer Strategien. Hamburg
Dräger, Klaus, 2005: Alternativen zur Lissabon-Strategie der EU. In: Widerspruch Heft 48, Zürich
Engelke, Rolf / Klein, Thomas / Wilk, Michael (Hrsg.), 2005: Soziale Bewegungen im globalisierten Kapitalismus. Bedingungen für emanzipative Politik zwischen Konfrontation und Anpassung. Frankfurt/M.
Marchart, Oliver / Weinzierl, Rupert (Hrsg.), 2006: Stand der Bewegung? Protest, Globalisierung, Demokratie – eine Bestandesaufnahme. Münster



Lis Füglistner / Stefan Howald
(Hg.): **Illegitime Schulden – Verschuldung und Menschenrechte**. Broschüre der Aktion Finanzplatz Schweiz, Basel 2005 (112 S., 20 Fr./14 €). ISBN 3-85990-300-4

Viele Schulden von Drittweltländern sind illegitim. Diese Broschüre greift die neuen Entwicklungen und aktuellen Debatten um die illegitimen Schulden (odious debts) auf und stellt die bisherigen politischen Kampagnen im Norden und im Süden vor. Die vorgelegten Informationen sollen praktische Impulse für eine erneuerte und verstärkte Kampagne zur Schuldenstreichung geben.

Zu bestellen bei:
AFP, Drahtzugstrasse 28, 4057 Basel.
afp@aktionfinanzplatz.ch
www.aktionfinanzplatz.ch